LVU
DIE UNTERNEHMER
IN RHEINLAND-PFALZ

RHEINLAND-PFÄLZISCHE WIRTSCHAFT WEITER AUF TALFAHRT – DAS LAND BRAUCHT ENDLICH EINE WIRTSCHAFTSPOLITISCHE WENDE!

07. März 2025

Die wirtschaftliche Lage in Rheinland-Pfalz bleibt dramatisch. Wie das Statistische Landesamt mitteilt, brach die Industrieproduktion im Januar 2025 um 5,6 Prozent gegenüber dem Vormonat ein. Besonders stark betroffen war die Investitionsgüterindustrie mit einem Minus von 13 Prozent. Im Vergleich zum Januar 2024 lag der Produktionsrückgang insgesamt bei 7,2 Prozent. Gleichzeitig stieg die Zahl der Unternehmensinsolvenzen im Jahr 2024 auf 861 Fälle – ein Plus von 15 Prozent zum Vorjahr. Mehr als 8.000 Arbeitsplätze wurden dadurch akut gefährdet.

Angesichts dieser alarmierenden Zahlen warnt Karsten Tacke, Hauptgeschäftsführer der Landesvereinigung Unternehmerverbände Rheinland-Pfalz (LVU): „Die Wirtschaft steckt in der tiefsten Krise seit Jahrzehnten – und es gibt keine Anzeichen einer Erholung. Zwar zeigt die Chemieindustrie eine leichte positive Entwicklung, doch eine Schwalbe macht noch lange keinen Sommer. Die industrielle Basis bröckelt weiter – wenn wir jetzt nicht gegensteuern, droht Rheinland-Pfalz eine weitere De-Industrialisierung. Hohe Kosten, lähmende Bürokratie und fehlende Investitionsanreize gefährden den Standort massiv. Wir können uns keinen weiteren Stillstand leisten – es braucht endlich einen politischen Kurswechsel im Bund und im Land!“

Es reicht nicht, nur auf Berlin zu warten – auch die Landesregierung muss endlich handeln. Tacke mahnt: „Statt mit realitätsfernen und untauglichen Maßnahmen wie dem Landesklimaschutzgesetz Unternehmen und Arbeitsplätze weiter zu gefährden, muss die Politik endlich die richtigen Weichen für den Standort stellen. Unsere Unternehmen leisten durch ihre Innovationen einen echten Beitrag zum Klimaschutz – anders als dieses Pseudoschutzgesetz, das unsere Wettbewerbsfähigkeit weiter schwächt. Wirksamer Klimaschutz funktioniert nur im Zusammenspiel mit der Wirtschaft – doch genau das behindern solche Gesetze, anstatt unternehmerische Maßnahmen zu unterstützen.“

Die LVU fordert eine entschlossene wirtschaftspolitische Wende: Energiekosten, Steuern und Abgaben müssen gesenkt, Bürokratie spürbar abgebaut und Investitionen sowie Innovationen erleichtert werden. Rheinland-Pfalz darf nicht weiter abgehängt werden – das Zeitfenster, um den Standort noch

zu retten, wird immer kleiner. „Wer jetzt nicht handelt, trägt die Verantwortung für den weiteren Niedergang unseres Standorts," warnt Tacke.